

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 31 (1975)
Heft: 12

Artikel: Rückblick auf die Nationalratswahlen
Autor: M.B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845366>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rückblick auf die Nationalratswahlen

Wenn das Ausbleiben eines Rückschlages bereits ein Erfolg ist — und aufgrund der weltweiten Erfahrungen mit der Integration der Frauen in die Politik könnte man zu so bescheidenen Erwartungen neigen — dann dürfen die Schweizerinnen mit dem Ausgang der Parlamentswahlen zufrieden sein. Im alten Parlament wurden 15 der insgesamt 244 Sitze von Frauen eingenommen, im neuen Parlament werden es wiederum 15 sein. Zu den elf in ihrem Amt bestätigten Nationalrätinnen sind vier neue gestossen, nämlich **Monique Bauer-Lagier** (Lib., GE), **Cornelia Füeg-Hitz** (FdP, SO), **Doris Morf** (SP, ZH) und **Gertrud Spiess** (CVP, BS). Nicht mehr gewählt wurden die bisher einzige Ständerätin Lise Girardin (FdP, GE) sowie die Nationalrätinnen Tilo Frey (FdP, NE), Elisabeth Lardelli (SVP, GR) und Nelly Wicky (PdA, GE). Von den 15 gewählten Parlamentarierinnen gehören je fünf der CVP, der FdP und der SP an. Weder der Landesring der Unabhängigen noch die SVP/BGB oder die EVP sind in Bern durch eine Frau vertreten.

Etwas günstiger lautet das diesjährige Resultat, wenn man bedenkt, dass vor vier Jahren nur elf Frauen definitiv gewählt wurden und vier erst im Laufe der Zeit auf frei werdende Sitze nachrücken konnten. Auch diesmal stehen einige Kandidatinnen an erster Stelle der Ersatzleute; es ist also nicht ausgeschlossen, dass sich während der Legislaturperiode die Zahl der Frauen abermals erhöhen wird.

Der **Kanton Zürich** gehört zu jenen Kantonen, die eine Frau mehr nach Bern entsenden als vor den Wahlen:

Hedi Lang (SP, bisher)
Helen Meyer (CVP, bisher)
Martha Ribí (FdP, bisher)
Lilian Uchtenhagen (SP, bisher) und
Doris Morf (SP, neu)

Von diesen Parlamentarierinnen wurden zum Teil glanzvolle Resultate erzielt. Während drei ihren Listenplatz an erster oder zweiter Stelle halten konnten, verdrängte Martha Ribí mit 68 555 Stimmen Regierungsrat Hans Künzi vom ersten Platz, und Doris Morf stiess vom zehnten auf den fünften Platz vor.

Weniger glanzvoll war die Wahlbeteiligung. Nur knapp die Hälfte aller stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger — rund 7 Prozent weniger als vor vier Jahren — haben ihr Recht ausgeübt. Die Frauen für diese Entwicklung verantwortlich zu machen, wäre allzu einfach. Die Wahlbeteiligung von 80,4 Prozent im Jahr 1919 bei der Einführung des Proporzsystems konnte nie mehr erreicht werden, und seit 1947 ist ein ununterbrochener Rückgang zu verzeichnen. Ein Absinken auf rund 52 Prozent in der ganzen Schweiz und auf 50,55 Prozent im Kanton Zürich sollte indessen die Behörden und politischen Parteien aufrütteln und sie veranlassen, die Abstinenz des Bürgers gründlich zu untersuchen. An der quantitativen Information hat es bestimmt nicht gefehlt. Die Massenmedien haben sich voll in den Dienst des Wahlkampfes gestellt und die finanziellen Aufwendungen für die Propaganda der Parteien, Verbände, Gruppen und Kandidaten werden auf 10 bis 15 Mio geschätzt. Einzelne Kandidaten sollen für ihre persönliche Propaganda gegen 100 000 Franken ausgegeben haben. Das Problem dürfte im qualitativen Bereich, in der wachsenden Entfremdung des Bürgers vom Staat, zu suchen sein. M.B.